

Datenschutzinformation für Beschwerde-, Hinweisgeber- und Meldesysteme

Wir informieren im Folgenden zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem Mietvertrag.

Verantwortliche Stelle:

Bezeichnung:	EJF gemeinnützige AG
Anschrift:	Königsberger Straße 28, 12207 Berlin
Telefon:	+49 30 76 884-0
E-Mail:	info@ejf.de
Internet:	www.ejf.de

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Bezeichnung:	Der Beauftragte für den Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland
Anschrift:	Invalidenstraße 29 10115 Berlin
Telefon:	+49 30 20 05 15 70
E-Mail:	ost@datenschutz.ekd.de
Internet:	www.datenschutz.ekd.de

Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten:

Beauftragter für den Datenschutz:	Wiemer Arndt UG
Anschrift:	Marienstraße 25, 10117 Berlin
E-Mail:	https://wiemer-arndt.de/

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden und Hinweisen, zur Aufklärung von Sachverhalten sowie zur Durchführung interner Prüf- und Ermittlungsverfahren.

Dies umfasst insbesondere Meldungen im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen interne Regelungen sowie gesetzliche Vorgaben (z. B. im Bereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes), Hinweise auf Rechts- oder Regelverstöße sowie Hinweise im Rahmen unternehmerischer Sorgfaltspflichten.

Zudem erfolgt die Verarbeitung zur Einleitung erforderlicher Maßnahmen sowie zur Kommunikation mit Ihnen, sofern Sie Kontaktdaten angegeben haben.

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage von:

- **§ 6 Nr. 3 DSG-EKD** (rechtliche Verpflichtung),
- **§ 6 Nr. 4 DSG-EKD** (Wahrnehmung berechtigter Interessen),
- **§ 49 DSG-EKD** (Datenverarbeitung im Beschäftigungsverhältnis – soweit einschlägig),
- ggf. **§ 6 Nr. 2 DSG-EKD** (Einwilligung).

Besondere Kategorien personenbezogener Daten (§ 13 DSG-EKD) werden nur verarbeitet, soweit dies zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist.

3. Kategorien der verarbeiteten Daten

Je nach Nutzung der Meldesysteme verarbeiten wir insbesondere:

- Kontaktdaten (z. B. Name, E-Mail, Telefonnummer – freiwillig)
- Angaben zur Rolle (z. B. Mitarbeitende, Klient:innen, Angehörige)
- Inhaltsdaten der Meldung (Sachverhaltsbeschreibung, beteiligte Personen, Zeit- und Ortsangaben)
- übermittelte Dokumente und Anhänge
- weitere von Ihnen bereitgestellte Informationen

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist grundsätzlich freiwillig. Eine Meldung kann – soweit vorgesehen – auch anonym erfolgen.

4. Empfänger der Daten

Ihre Daten werden ausschließlich an hierfür zuständige Stellen weitergegeben, soweit dies zur Bearbeitung erforderlich ist. Dazu gehören insbesondere:

- zuständige Fachbereiche und Einrichtungen
- Personalabteilung
- Leitung Recht & Compliance
- Mitarbeitervertretung (sofern erforderlich)

Im Rahmen von Hinweisgeberverfahren können auch externe Stellen eingebunden werden (Vertrauensanwälte, örtlich Beauftragte für den Datenschutz), soweit dies erforderlich oder gesetzlich vorgesehen ist.

Eine Weitergabe erfolgt ausschließlich im erforderlichen Umfang.

5. Vertraulichkeit und Schutz der Identität

Alle Meldungen werden vertraulich behandelt.

- Ihre Identität wird – sofern angegeben – grundsätzlich geschützt.
- Eine Offenlegung erfolgt nur, wenn dies zur Sachverhaltsaufklärung zwingend erforderlich ist oder eine gesetzliche Verpflichtung besteht.
- Alle mit der Bearbeitung betrauten Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Anonyme Hinweise werden bearbeitet, sofern sie ausreichend konkrete Anhaltspunkte enthalten.

6. Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung und den Abschluss des jeweiligen Verfahrens erforderlich ist. In der Regel erfolgt die Löschung spätestens drei

Jahre nach Abschluss des Verfahrens, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder berechtigten Gründe entgegenstehen.

7. Ihre Rechte

Sie haben nach dem DSG-EKD insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (§ 19 DSG-EKD)
- Recht auf Berichtigung (§ 20 DSG-EKD)
- Recht auf Löschung (§ 21 DSG-EKD)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (§ 22 DSG-EKD)
- Widerspruchsrecht (§ 25 DSG-EKD)

Sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, kann diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die oben genannten Kontaktdaten.

8. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

9. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist grundsätzlich freiwillig.

Ohne ausreichende Angaben kann es jedoch sein, dass eine Bearbeitung des Anliegens nicht oder nur eingeschränkt möglich ist.

10. Datensicherheit

Wir treffen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um Ihre Daten vor unbefugtem Zugriff, Verlust und Manipulation zu schützen.

11. Weitere Informationen

Ergänzend gelten die Regelungen der einschlägigen Dienstvereinbarungen zum Beschwerde- und Hinweisverfahren.